

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/109: 25.01.1947 – 16.04.1947

25.01.1947

WBZ: Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlägt am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder soll verschwiegen werden (x153/53).

27.01.1947

Berlin: Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärt am 27. Januar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/277): >>Wir alle sind darin übereingekommen, daß die Zeit kommen wird, wo Deutschland wieder einen würdigen Platz in der Familie der friedliebenden Völker als ein selbständiger und friedliebender demokratischer Staat auf gemeinsamen und gleichen Grundlagen mit anderen Völkern einnehmen kann.

Das sind die Ziele unserer gemeinsamen Politik in Deutschland. Nur auf dieser Grundlage, nicht aber auf der Grundlage der abwegigen Auffassung, die im britisch-amerikanischen Zweizonenabkommen liegt, können und müssen wir ohne Aufschub die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die eine gebieterische Notwendigkeit für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit darstellt, praktisch verwirklichen.<<

28.01.1947

Berlin: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnt am 28. Januar 1947 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie entschieden ab (x111/277): >>Ein Friedensvertrag, der die in Potsdam provisorisch als die Ostgrenze Deutschlands festgelegte deutsch-polnische Grenze als endgültig erklären würde, kann nicht unterzeichnet werden.

Es muß der Versuch unternommen werden, um jeden Preis so viel Territorium wie möglich östlich der Oder und Neiße zu gewinnen.

Wir anerkennen unsere Pflicht, Reparationen zu zahlen, aber die deutsche Zahlungsfähigkeit muß berücksichtigt werden. Zuerst muß die deutsche Wirtschaft wieder hergestellt werden, erst nachher sind Reparationszahlungen möglich.<<

WBZ: Die Industrie- und Handelskammer berichtet am 28. Januar 1947 in Frankfurt/Main über den Zerstörungsgrad von deutschen Städten (x111/277):

>>Dresden = 39,7 (Zerstörungsgrad: Kubikmeter/Einwohner)

Nürnberg = 28,4

Frankfurt/Main = 21,6

Köln = 20,8

Berlin = 16,0

Düsseldorf = 14,0

Bremen = 12,7

München = 9,6

Leipzig = 7,1 ...<<

Jugoslawien: Die jugoslawische Presseagentur Tanjug meldet am 28. Januar 1947, daß der jugoslawische Delegierte Dr. Mladen Ivekovic bei der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London ein Memorandum überreicht hat, in dem gefordert wird, daß die rund 100.000 Deutschen, die sich noch in Jugoslawien aufhalten, von Deutschland übernommen werden sollen (x006/468).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die "Umsiedlung" der Jugoslawien-Deutschen (x028/121-122): >>... Inzwischen war die Lage der Flüchtlinge in Deutschland so katastrophal geworden, daß die amerikanischen Behörden den jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten. Doch liefen die Vertreibungen aus Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei weiter.

So stellte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz 1947 fest:

"Hätte man daran gedacht, daß die Repatriierung von rund anderthalb Millionen Griechen aus Kleinasien nach dem Ersten Weltkrieg mehrere Jahre dauerte und Hilfspläne in großem Maßstab erforderte, dann wäre die Vorhersage nicht schwer gewesen, daß die übereilte Verpflanzung von 14 Millionen Menschen eine Menge Probleme humanitärer Art aufwerfen werde, vor allem in einem mit Ruinen übersäten Europa, in dem der Hunger regierte".

Aber die Welt hatte zu viel Leiden und Tod gesehen. Das Elend der deutschen Vertriebenen stieß auf taube Ohren und blinde Augen.<<

Januar 1947

WBZ: Im Januar 1947 werden in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon sind 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).

Die deutsche Tageszeitung "Westfälische Nachrichten berichtet im Januar 1947 (x353/23): >>... Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.<<

Raub, Schwarzmarkt und Prostitution

Es gab damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhielten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigte, wurde notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge wurden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagierten mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nahm man auf Alte und Kranke keine Rücksicht (keine Leistung ohne Gegenleistung).

Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt wurden, brach im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiteten. Da der Besitz von alliierten Waren für Deutsche verboten war, spielte sich der Handel auf dem sog. "Schwarzen Markt" ab.

Die große Mehrheit der Deutschen war durch den Krieg hoffnungslos verarmt und beteiligte sich notgedrungen an diesem illegalen Handel, weil ständig weniger legale Waren angeboten wurden.

Tag für Tag wanderten Hunderttausende von hungrigen Stadtbewohnern aufs Land, um dort Schmuck und andere Vermögensgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen. Ausgehungerte Menschenmassen, die in dichten Reihen an den Bahnsteigen standen, stürmten täglich die Personen- und Güterzüge, obgleich viele "Hamsterzüge" meistens längst überfüllt waren. Der "schwarze Handel" wurde damals sehr hart bestraft. Manche Schieber und Schnapsbrenner mußten für Jahre ins Zuchthaus.

Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt waren, wurden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellten damals eine "natürliche" Leitwährung dar. Für Zigaretten konnte man in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt fast alle Wirtschaftsgüter erwerben. Vor den Kasernen der Besatzungstruppen

sah man überall Kippensammler, denn mit dem Tabak von 7 Kippen konnte man sich eine Zigarette drehen.

Mehr als 100.000 jugendliche Vagabunden zogen durch das zerstörte Land. Ungezählte verzweifelte Mädchen und Frauen tauschten in der Nachkriegszeit "Liebe gegen Ware", um die nackte Existenz zu sichern. Vor allem in den großen Städten breitete sich Jugendprostitution und Geschlechtskrankheiten aus. Tausende von jungen Frauen schlossen in jener Zeit Ehen mit Besatzungssoldaten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Schwarzmarkt" (x051/-531): >>Schwarzmarkt (Schwarzer Markt), illegaler Verkauf oder Tausch von Waren, die bewirtschaftet sind oder deren Preis staatlich festgelegt ist.

Der Schwarzmarkt-Preis ist dabei stets erheblich höher, was für die Schwarzmarkt-Händler hohe, zudem der Besteuerung entzogene Gewinne bedeutet. Schwarzmarkt entsteht immer dann, wenn die vorhandenen Warenmengen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen und rationiert sind. So entwickelten sich schon in der letzten Kriegszeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten Ansätze eines Schwarzmarktes, der dann nach Kriegsende aufblühte und erst durch die Währungsreform 1948 beendet wurde. Die Jahre 1945-48 werden daher auch oft Schwarzmarkt-Zeit genannt.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtet später über die "Schwarzmarktzeit" (x118/8-9,12-13): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg beherrschte das Schimpfwort vom "Kriegsgewinnler" die Diskussion, während des Zweiten Weltkrieges trugen Kohlenklau, Verräter und feindliche Agenten die Schuld an dem, was den Deutschen zustieß, und nach 1945 war es eben der Schieber. Arbeiterdemonstrationen befaßten sich ausgiebig mit dem Schieberunwesen. "Die Schieber an den Galgen!" Solche Sätze wurden auf Transparenten durch die Trümmerstraßen getragen, und sie waren ernst gemeint.

Ich zweifle nicht daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit gewesen wäre, Großschieber zur exemplarischen Abschreckung in mittelalterlicher Weise auf den Marktplätzen der Städte zu hängen. Diese Haltung war um so bemerkenswerter, als sich die meisten Menschen selber an den Schwarzmarktgeschäften beteiligten.

Wer auf dem Lande lebte, freute sich, ein paar überzählige Kartoffeln gegen einen Kochtopf eintauschen zu können. Und die Städter trugen hinaus, was sie entbehren konnten. Wer sich von diesem Kreislauf der schwarzen Marktes fernhielt, tat es nicht aus Überzeugung, sondern weil ihm Tauschbares fehlte oder er den Strapazen und Risiken dieser verbotenen Geschäfte nicht gewachsen war.

Wir waren alle kleine Schieber, aber der Haß auf die großen Schieber, die wir uns wohlgenährt in Luxusvillen wie im Frieden lebend vorstellten, war ungeheuer. ... Die Strafen waren hart, sie standen denen des Dritten Reiches kaum nach. Schwarzschlachten, Schnapsbrennen oder Milchpanschen brachte die Schuldigen für viele Jahre ins Zuchthaus. ...

Heute ist es angebracht, auch ein gutes Wort für den Schieber einzulegen. Nicht er hatte den Mangel verschuldet. Auch ohne das Schieberunwesen hätte das, was in den Nachkriegsjahren an Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen vorhanden war, nicht ausgereicht, um den Überlebenden des Krieges ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten. Das wußten auch die Behörden und Alliierten.

Sicherlich haben die Schwarzmarktgeschäfte die Lage in einigen Bereichen verschlimmert, aber nicht wenige verdanken dem Schieberunwesen ihr Überleben. Nur der Schwarzmarkt brachte es fertig, die letzte überzählige Mohrrübe der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wie hätten sonst die 10 Pfund Kartoffeln, die in dem Keller eines Landarbeiters übrig waren, in die hungernde Großstadt kommen sollen, wenn nicht durch die Kanäle des schwarzen Marktes?

Der Schwarzmarkthandel war die lebensnotwendige Ergänzung der offiziellen Planwirtschaft.

Nur er konnte die letzten Reserven mobilisieren; er war normaler, als die ins Groteske übersteigerte Planwirtschaft. Der schwarze Markt kann als Vorgriff auf die später folgende Marktwirtschaft angesehen werden; nur fehlte ihm die soziale Komponente. Sein Mangel war, daß er auf Arme und Kranke keine Rücksicht nahm, sondern nur denen gab, die eine Gegenleistung zu bieten hatten. ...<<

>>... Für viele ist die Schwarzmarktzeit mit einem Schleier der Verklärung umgeben. Das hängt mit den psychologischen Ausnahmezustand von damals zusammen. Die schlechte Zeit entschuldigte alles.

Wenn ein Akademiker beim Bauern Mist auflud, sah das zwar komisch aus, galt aber nicht als menschliche Degradierung, weil überall die Ausnahme zur Regel geworden war.

Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung, Sitzenbleiben in der Schule, Armut, Geschäftspleiten, zerrüttete Ehen und uneheliche Besatzungsinder ... alles war entschuldbar mit Krieg- und Nachkriegswirren.

Ach, sie waren so tröstlich, die wunderbaren Ausreden, die das Innenleben erleichterten und jeden Anspruchsdruck milderten. Der Satz "Die Zeiten sind eben schlecht" war ebenso Medizin für die Seele wie in den Jahren davor die Bemerkung: "Es ist eben Krieg."

Heute fehlt uns dieses Ventil. Das Unbehagen an unserer Gesellschaft hängt auch mit der Suche nach einem Ersatz für die herrlichen Ausreden zusammen, die damals so wohlfeil zu haben waren. Nun muß der "böse Staat" oder das "ungerechte Gesellschaftssystem" die Funktionen erfüllen, die damals die "schlechten Zeiten" hatten.

Noch aus anderen Gründen sind die psychologischen Gründe jener Zeit bemerkenswert. Wer das Elend überstand, entwickelte ein Gefühl des Stolzes. In den Berichten über die schrecklichen Zustände der vierziger Jahre schwingt unausgesprochen stets der Hinweis mit: So stark waren wir, daß wir das durchgestanden haben!

Aber es ist kein Verdienst, durch das Elend gegangen zu sein, und es ist keine Schuld, diese Prägung nicht erfahren zu haben. Zum geistigen Hochmut, zum Herabschauen auf jene "verweichlichten" Menschen, die in diese Schule nicht gegangen sind, besteht kein Anlaß.

Bis ins nächste Jahrtausend hinein werden wir mit Menschen zusammenleben, die von Krieg und Nachkriegszeit geprägt worden sind, die noch immer alles aufbewahren müssen und nichts wegwerfen können. Wer von diesen Erfahrungen verschont geblieben ist, sollte es sich versagen, über die Schrullen der Alten zu lächeln.

Noch ist nicht entschieden, ob unsere Überflußgesellschaft oder die Elendszeit näher am Normalen oder Dauern liegt. Betrachten wir die Geschichte auf die Länge, spricht einiges dafür, daß der gegenwärtige Wohlstand ein Zwischenspiel ist, das nur auf einem Teil der Weltbühne aufgeführt wird. Vielleicht sind eines Tages wieder Menschen gefragt, die aus Viehfutter Suppe kochen können und die wissen, an welchen Stellen im Wald die wilden Beeren wachsen.

Eines hat die Schwarzmarktzeit sicherlich bewirkt, sie hat dem folgenden Wirtschaftswunder den richtigen Glanz verliehen. Weil sich das Elend im Nachkriegsdeutschland so fest eingemischt hatte, entstand später die überschwengliche Aufbruchstimmung für die Reise in das gelobte Land des Wohlstandes. ...

Weiß Gott, eines hatten uns die Bewohner des elenden Restdeutschlands nach 1945 voraus, sie besaßen eine Zukunftsperspektive. Für sie konnte es nur noch besser werden, und es lohnte sich zu überleben, um auf diese Zukunft zu warten.<<

Großbritannien: Anfang 1947 erklärt ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:

- a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.
- b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem Verhungern bewahren.

c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzu-
bringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ...
Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen,
daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...
Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft.
Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rück-
wirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland.
Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein
schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<

07.02.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 7. Februar 1947 über das Grenzdurchgangsla-
ger Friedland (x123/56-57): >>7. Februar 1947. Aus dem Lager Uelzen, einem anderen Auf-
fanglager in der britischen Zone, kam bei 17 Grad Kälte ein Transport von über 600 Personen
in Friedland an. ...

Bei einer Überprüfung dieses Transportes durch Beamte des Arbeitsamtes fiel die hohe Zahl
von erwischten "Schwarzgängern" auf, Personen also, die zumeist aus undurchsichtigen Grün-
den immer wieder die Zonengrenze überschreiten. Sie betrug nicht weniger als 65 % aller An-
gekommenen. Ein Fünftel des Transportes bestand aus Kleinkindern. Außerdem wurden 20
elternlose Jugendliche registriert. ...<<

13.02.1947

Berlin: In Berlin sind seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren, mehr als 40.000
Menschen erleiden schwere Erfrierungen, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche
Wärmehallen errichtet werden (x111/283).

15.02.1947

CSR: Der "Abgeordnetenprozeß" (Verhandlungsbeginn: 10. Dezember 1946) wird am 15.
Februar 1947 beendet.

Obwohl man den 16 Abgeordneten und Senatoren der Sudetendeutschen Partei keine Teil-
nahme an Verbrechen nachweisen kann, werden 6 Angeklagte (Hans Krebs, Georg Böhm,
Franz Schreiber, Franz Werner, Ernst Kundt und Hans Westen) zum Tod verurteilt und hinge-
richtet. 9 Angeklagte erhalten Freiheitsstrafen von 3 Jahren bis zu lebenslänglicher Haft. Ein
Angeklagter wird freigesprochen (x004/78).

16.02.1947

WBZ: Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 16. Februar 1947 (x043/-
297): >>Gegen Ende März sollen in der Felsenfestung der Insel (Helgoland) 6.700 Tonnen
Sprengstoff zur Explosion gebracht werden, durch die die dortigen Unterseeboot-
Anlegeplätze, Batteriestellungen und der ungefähr 23 km lange unterirdische Tunnel mit der
dort gelagerten Munition in die Luft gesprengt werden sollen. ...

Die Helgoländer ... sollen auf Sylt angesiedelt werden. ...<<

Christian Stock (1884-1967, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erklärt am 16. Februar 1947
während einer Delegiertenkonferenz der SPD in Groß-Gerau (x111/285): >>... Unter Umstän-
den muß sich Marburg auch von den Särgen Hindenburgs und Friedrichs des Großen trennen.
... Sie sind heute schon zu Stätten politischer Demonstration gegen die Republik geworden.<<

17.02.1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Ketschendorf ("Speziallager Nr. 5") wird am 17.
Februar 1947 aufgelöst. Etwa 2.000 deutsche Häftlinge werden zur Zwangsarbeit in die
UdSSR verschleppt. Die restlichen Gefangenen interniert man in den sowjetischen Internie-
rungslagern Frankfurt/Oder, Fünfeichen, Jamlitz oder Mühlberg.

Von Mai 1945 bis Februar 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf
mindestens 6.000 deutsche Häftlinge (x126/52).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.

Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen (Oranienburg), Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.

Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (14/1990) berichtet später über die Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht: >>... **Massengräber-Funde in der DDR erinnern an ein dunkles Nachkriegskapitel: Horror und Todesopfer in Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht.**

In einem Wäldchen nahe Fürstenwalde wiederholte sich in den Fünfzigern alle Jahre wieder eine gespenstische Szene: Am Totensonntag legten Bürger dort Blumen und Kränze nieder, in der Nacht zum Montag schwärmte Volkspolizei aus und sammelte alles wieder ein.

Der nächtliche Sammeleifer der Staatsorgane im "Todeswäldchen" (Volksmund) hatte einen düsteren Hintergrund, der - so die Märkische Volksstimme - in der DDR bis in die jüngste Zeit "aus politischen Gründen totgeschwiegen" worden ist: An diesem Ort im Ostbrandenburgischen unterhielt der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKWD von 1945 bis 1947 das Internierungslager Ketschendorf.

Beim Ausschachten von Wohnhausfundamenten hatten Bauarbeiter Ende der vierziger Jahre Massengräber freigelegt, worauf Zeitgenossen tagelang "über ganz Fürstenwalde Süd Leichengeruch" wahrnahmen. Auf dem Gelände einer ehemaligen Arbeitersiedlung hatte der NKWD im Lauf der drei Jahre rund 20.000 Häftlinge eingesperrt, von denen nach Schätzung von Zeitgeschichtlern bis zu 6.000 starben und in Massengräbern der Umgebung verscharrt wurden.

Ketschendorf war damals überall. Assistiert von dienstefrigen SED-Gehilfen, internierte die sowjetische Besatzungsmacht Hunderttausende von inkriminierten Deutschen in elf Speziallagern. Zehntausende gingen an Hunger, Krankheit und Mißhandlungen zugrunde. Zeitzeugen berichteten auch von Gruppenschießungen.

Ahnungsvoll hatte der amerikanische Chefankläger beim Nürnberger Militärtribunal, Robert H. Jackson, bei Kriegsende an alle Welt appelliert, nach der Befreiung der Opfer aus Hitlers Terrorlagern dort nun nicht etwa gleich die Täter unterzubringen: "Die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden."

Doch im Osten Deutschlands ging bei der großangelegten Strafaktion der Appell des US-Juristen unter: Mit dem Einrücken der Roten Armee, so resümiert die Ost-Berliner Tageszeitung "Der Morgen", war auch "das stalinsche Lagersystem nach Deutschland" gekommen und bediente sich dabei makabrerweise selbst der soeben befreiten Außenstellen von ehemaligen Nazi-KZs wie Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen.

Zwar will kein ernst zu nehmender Zeitgeschichtler die Lagerschrecken aus den Frühzeiten des SED-Regimes mit Hitlers Vernichtungsstrategie in Verbindung bringen. Doch angesichts massenhaften Sterbens kommen auch unverdächtige Experten wie Tilman Zülch von der Göttinger "Gesellschaft für bedrohte Völker" zum Verdikt: "Fortführung nationalsozialistischer Terrormethoden auf dem Territorium der DDR".

"Mit großer Härte" und "ohne klar erkennbares System" seien die Staatsorgane vorgegangen, berichtet Dieter Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums Neubrandenburg: "Es traf Schuldige und Unschuldige gleichermaßen."

Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - die im Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Kontrollratsdirektive Nr. 38 verankerte Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Sistierung (Festnahme) von Personen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind".

Naziverbrecher, Mitläufer und Hitlerjungen landeten hinter Stacheldraht, aber auch Denunziantenopfer, sozialdemokratische Antikommunisten, Zeugen Jehovas und so mancher, den auch die Nazis schon ins KZ gesperrt hatten.

Im Internierungslager Ketschendorf saßen neben lokalen Nazigrößen wie dem früheren NSDAP-Kreisleiter von Forst auch an die 2.000 abgemusterte Hitlerjungen zwischen 12 und 18 Jahren; die Hälfte von ihnen überlebte das Lager nicht.

Ex-Häftling Kurt Noack, 60, war als 15jähriger mit 40 bis 50 anderen auf 18 Quadratmetern Kellerraum zusammengepfercht, bei 300 Gramm Brot und zwei Schlag Grütze pro Tag. "Wir bekamen Wasser und Skorbut", erinnert er sich. Noack: "Die meisten hatten offene, durch Ödeme geplatze Beine, die mit Hilfe untergelegter Steine so hoch lagen, daß flache Töpfe und Näpfe darunter Platz hatten, in die der stinkende Eiter tropfte. Zum Hunger gesellten sich vor allem im Winter Lungenentzündungen und Ruhr. Wer derart entkräftet an Lungenentzündung erkrankte, starb unausweichlich."

Das dunkle Kapitel Nachkriegsgeschichte ist wieder auf der Tagesordnung, seit bei Neubrandenburg und bei Oranienburg Gräberfelder entdeckt wurden, in denen die Überreste von Toten aus den Speziallagern Fünfeichen und Sachsenhausen ruhten.

Und nachdem die "Gesellschaft für bedrohte Völker" in einem offenen Brief an die Abgeordneten der neuen DDR-Volkskammer appelliert hat, die "Massenliquidierungen" aufzuklären und die Opfer zu rehabilitieren, häufen sich auf einmal Hinweise, Erlebnisberichte und Aufklärungswünsche von ehemaligen Häftlingen, die jahrzehntelang geschwiegen haben.

Bürger von Fürstenwalde fordern, den von der SED-Führung sogenannten "Platz der Freiheit" in der Nähe der Todesstätte in "Platz des Gedenkens" umzutaufen. Ost-Zeitungen wie westliche Boulevardblätter werden mit Zeitzeugnissen eingedeckt. Stapelweise bekam auch die "Gesellschaft für bedrohte Völker" Post von Opfern und Hinterbliebenen. ...

Bis zu 200.000 Menschen, schätzt der Zeitgeschichtler Gerhard Finn, seien zwischen 1945 und 1950 in den Speziallagern untergebracht gewesen, 65.000 bis 70.000 Todesopfer habe es gegeben. Diesen Zahlen liegen Angaben früherer Häftlinge zugrunde, da die Originalkarteien der Lager unauffindbar und wahrscheinlich längst vernichtet sind.

Die nun enthüllten Einzelheiten zum stalinistischen Lagerterror sind freilich längst ein offenes Geheimnis: Schon seit Ende der vierziger Jahre wurde der SED-Staat dieser Menschenrechtsverletzungen wegen attackiert.

Das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln machte publik, daß allein bei kirchlichen Stellen Berichte über die Verhaftung von 2.000 Jugendlichen, teils unter 14 Jahren, vorlagen. Herbert Wehner verlas auf dem SPD-Parteitag in Hamburg 1950 einen Freilassungsausschuss von 6.000 ehemaligen Buchenwald-Häftlingen, 2.000 von ihnen waren an Tuberkulose erkrankt. Eine Dokumentation über "Beweise für Massenterror in der Ostzone" hatte die Parteiführung der SPD schon 1948 vorgelegt.

Die Sozialdemokraten zählten Fälle auf, bei denen Häftlinge "ausgepeitscht", mit "Stacheldraht geschlagen", bei klirrendem Frost mit kaltem Wasser begossen worden waren. Die Todesraten in den Lagern werden ebenso angeführt wie Angaben über verschleppte Demokraten, erpreßte Geständnisse und serienweise Erschießungen - Bürger hatten frisch verscharrte Leichname ausgegraben, die von Kugeln durchsiebt waren.

So entdeckte, laut SPD-Dokumentation, "eine Einwohnerin von Kleditz bei Güstrow im April

1948 beim Holzsammeln eine menschliche Hand, die aus dem Erdboden ragte. Sofortige Untersuchungen durch die Gemeindestellen ergaben, daß dort die Leichen von fünf jungen Männern und zwei Mädchen vergraben waren, die alle Einschüsse am Hinterkopf aufwiesen. Nach Bekanntwerden des Fundes erschien ein Lastwagen der sowjetischen Kommandantur aus Güstrow, der die Leichen abtransportierte. Den Findern wurde befohlen, strengstes Stillschweigen zu bewahren".

Aus der Existenz der sowjetischen Speziallager machte auch die DDR-Führung kein Hehl. Über deren Insassen, nach offizieller Lesart als Kriegsverbrecher eingestuft, sagte SED-Chef Walter Ulbricht 1947 bei einer Parteikonferenz in Ost-Berlin: "Ich bedaure, daß nicht noch mehr inhaftiert worden sind."

Die grausamen Haftbedingungen wurden von der SED-Presse freilich grotesk verzerrt dargestellt. "Der Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen", behauptete Anfang 1950 beispielsweise die Zeitschrift "Für Dich".

Und auch für das offizielle Schweigen über die Verschwundenen hatten die Regenten eine Version. Johannes Warnke, Staatssekretär im DDR-Innenministerium, sagte im gleichen Jahr, es sei "keineswegs angenehm für die Angehörigen eines in Haft verstorbenen Verbrechers, wenn dessen Name veröffentlicht würde".<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die Internierungslager in der SBZ (x026/63-64): >>... Die größten Lager waren Buchenwald bei Weimar (Durchschnittsbelegung 10.000 bis 12.000 Häftlinge), Sachsenhausen bei Brandenburg (Durchschnittsbelegung 12.000 bis 15.000 Häftlinge) und Mühlberg/Elbe (Durchschnittsbelegung 12.000 Häftlinge). Lager bestanden auch in Bautzen, Torgau, Ketschendorf, Jamlitz, Fünfeichen bei Neubrandenburg und an mehreren anderen Orten. Tausende von Häftlingen saßen auch in den Gefängnissen der Besatzungszone.

Zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden annähernd 40.000 Mitteldeutsche, die meistens vorher in einem alles andere als rechtstaatlichen Verfahren abgeurteilt worden waren. ...

Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern der Kommunisten war nicht geringer als die in den Lagern der Nationalsozialisten. ...

Die Gesamtzahl der umgekommenen KZ-Häftlinge wird zwischen 65.000 und 130.000 angegeben. ...

Bedenkt man die hohe Sterbequote der Deportierten, so bleibt als Fazit festzuhalten, daß über 100.000 Mitteldeutsche in sowjetischen Internierungslagern und Gefängnissen zu Tode gekommen sind.<<

25.02.1947

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat führt am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Besatzungsmächte erlassen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelt es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

Der deutsche Publizist Sebastian Haffner (1907-1999) berichtet später über die Liquidierung des preußischen Staates (x056/33): >>... Es gibt ... in den heutigen deutschen Staaten noch viele Ex-Preußen – nicht nur Heimatvertriebene -, die manches für ihren einstigen Staat Charakteristische schmerzlich vermissen: In der Bundesrepublik die strenge preußische Ordnung

und Redlichkeit, in der DDR die trockene preußische Liberalität und Gedankenfreiheit. Wir ... (können) heute ... die Einzigartigkeit dieses untergegangenen Staates klarer erkennen, als es zu seinen Lebzeiten möglich war; und wir können seine Geschichte ... von den Legenden befreien, die sie entstellten:

Nach der "goldenen Preußenlegende" war das oberste Ziel der preußischen Könige von Anfang an die Einigung Deutschlands.

Die "schwarze Preußenlegende" wollte in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen, (sie will) in Friedrich und Bismarck heute noch Vorläufer Hitlers sehen ...

Beide sind Propaganda von einst ... Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reiches war Preußens Aufstieg. ...

Was es ... lange Zeit unheimlich und ... gefährlich machte, war viel weniger sein Militarismus als die (Vorzüge) seiner Staatlichkeit: ... unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, ... religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung, Preußen war ... (im 18. Jahrhundert) ... nicht nur der neueste, sondern auch der modernste Staat Europas.<<

Der deutsche Diplomat und Schriftsteller Carl-Hermann Mueller-Graaf (1903-1963) schreibt später in seinem Buch "Irrweg und Umkehr" über den preußischen Staat (x056/33): >>"Altpreußisch", das bedeutete einfach, bescheiden, schlicht, gewissenhaft, treu, fleißig, bedürfnislos und hart gegen sich selbst zu sein.

"Altpreußisch", das sind jene sittlichen Kräfte, aus denen heraus vom "Großen Kurfürsten" bis auf den Vater Friedrichs, den "Soldatenkönig", die Hohenzollern aus der namenlosen Enge und Armut ... ein blühendes Land zu machen wußten ...

Doch meinen die Preußenhasser, wenn sie vom Geist Preußens sprechen, wohl vor allem einen Geist der Eroberung, der Gewalt, der Unterdrückung, des Unrechts ... wie er sich vor allem in der Gestalt Friedrichs verkörpern soll. Sie sind der Überzeugung, daß dieser Mann als der erste "Kriegsverbrecher" des Zweiten Weltkrieges anzusehen sei. Allzuoft hat man schließlich aus deutschem Munde etwas von der Linie gehört, die von Friedrich über Bismarck zu Hitler führen soll ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Liquidierung des preußischen Staates (x063/615): >>Um den Weltfrieden für immer zu sichern, erließ der Alliierte Kontrollrat am 25. Februar 1947 ein Gesetz (gebilligt vom Rate der Außenminister am 10. März), durch das "Preußen" aufgelöst wurde.

Es hieß in diesem – völkerrechtswidrigen – Dekret: "Preußen, das von jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland war, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört."

Damit wurde eine Geschichtslegende, wie sie schon in Wilsons dritter Note vom 23. Oktober 1918 (und in der gesamten alliierten Ersten Weltkriegspropaganda) zum Ausdruck kam, international sanktioniert. Die erhoffte Folge des Ewigen Friedens hat sich allerdings noch nicht eingestellt.

Preußen lebt weiter im Bewußtsein von Historikern, von Schriftstellern und Dichtern. Es lebt auch weiter in Einrichtungen wie Preußischer Kulturbesitz ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 22.06.2002) über Preußen (x887/...): >>**Von der Provinz zur Großmacht / Preußens Wurzeln, Staatsidee, Ideale und Geschichte**

Wo liegen Preußens Wurzeln? Der Begriff "Preußen" kommt von den Prussen, die im heutigen Ostpreußen ihre Heimat hatten. Die Farben Preußens, Schwarz und Weiß, entsprechen den Wappenfarben des Deutschen Ordensstaates, dessen Kernterritorium ebenfalls Ostpreußen war. Auch in heraldischer Hinsicht hat Ostpreußen eine herausgehobene Stellung, ist es doch die einzige Provinz Preußens, deren Wappen jenes des Gesamtstaates ist.

Dem mag der eine oder andere entgegenhalten, daß die im preußischen Königreich herrschende Hohenzollernlinie nicht in Ostpreußen ihre Wurzeln hatte. Doch ist es wirklich diese Fami-

lie, die Preußen ausmacht und es groß gemacht hat?

Zweifellos hat sie bedeutende Könige hervorgebracht wie den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen, doch waren auch unbedeutende darunter wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. hat versucht, für seinen Großvater den Namenszusatz "der Große" durchzusetzen, doch beschränkt sich Wilhelms I. Leistung letztlich darauf, nach anfänglichem Widerstreben schließlich erkannt und respektiert zu haben, daß sein nicht-hohenzollerischer Ministerpräsident und Kanzler Otto von Bismarck bedeutender war als er.

Wenn wir Friedrich II. als einzigen Hohenzollernfürsten den Namenszusatz "der Große" zubilligen, so sollten wir dieses nicht wegen seiner Abkunft, sondern wegen seines großartigen Lebens- und Herrschermottos tun: "Ich bin der erste Diener meines Staates." Diesem Dienstethos bis in die oberste Spitze verdankte Preußen primär seine Größe.

Wo findet man bereits vor der Neuzeit und damit vor dem Aufstieg der Preußen unter den Hohenzollern diese Bereitschaft, auf eine Selbstverwirklichung zugunsten des Dienstes an einem Höheren freiwillig zu verzichten? Man findet es bei den christlichen Rittern. Wie dem Preußen der Neuzeit sind auch dem miles christianus oder miles christi des Mittelalters die Tapferkeit, die Gerechtigkeit gegen jedermann, die Treue und Disziplin, das Maßhalten, die Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für Arme und Schwache (Bismarcksche Sozialgesetzgebung) sowie nicht zuletzt die Demut höchste Tugenden.

Dieser Gedanke führt uns zum Deutschen Ordensstaat als legitimen Vorläufer Preußens. Bezeichnenderweise besaß auch dieser Ordensstaat, was später Preußen gegenüber den anderen Territorien und Staaten auszeichnete, einen Staatsapparat, der in seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft Maßstäbe setzte. Und noch einen anderen Vorteil hatte der Ordensstaat mit Preußen gemein. Beide hatten - zumindest über einen langen Zeitraum ihrer Geschichte hinweg - ein außerordentlich großes Reservoir, aus dem sie ihre Funktionsträger rekrutieren konnten.

Die großen preußischen Reformer, die in Preußens schwärzesten Stunden während der napoleonischen Zeit die Saat zum Wiederaufstieg legten, waren überwiegend gebürtige Nichtpreußen. Karl Reichsfreiherr vom und zum Steins Wiege stand in Nassau, Karl August Fürst von Hardenbergs in Essensrode bei Gifhorn, Gerhard Johann David von Scharnhorsts in Bordenau nahe dem Steinhuder Meer und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenaus in Torgau. Preußens Glück, Preußens Leistung und Preußens Verdienst bestanden in seiner Staatsidee, die auch außerhalb der Staatsgrenzen Geborene überzeugte und sie dazu bewegte, sich in den Dienst dieses Staates zu stellen.

Ähnliches Glück hatte der Deutsche Ordensstaat, stand ihm doch in seiner Blütezeit für die Rekrutierung der Funktionsträger die Ritterschaft des Deutschen Ordens zur Verfügung, dessen Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen Ostpreußens hinausreichte.

Erst als im Zuge des Niederganges des Ordensstaates die ostpreußischen Stände eine stärkere Beteiligung an der Verwaltung durchsetzen konnten, relativierte sich dieser Vorteil bei der Personalrekrutierung.

Ebenfalls eine Folge des nach der Niederlage von Tannenberg beginnenden Abstiegs des Ordensstaates ist die Sitte, deutsche Fürstensöhne an die Spitze des Staates, in das Hochmeisteramt zu wählen, in der Hoffnung, daß diese ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hocharistokratie des Reiches in den Dienst des Staates stellen würden.

Zu Zeiten der Reformation ist das ein Hohenzoller und so wird in seiner Amtszeit der Deutsche Ordensstaat in ein weltliches Erbherzogtum mit ihm als Herzog umgewandelt. Die Zustimmung des polnischen Königs, dem die Hochmeister seit dem Zweiten Thorner Frieden den Treueid zu schwören und Heeresfolge zu leisten hatten, wurde mit der Anerkennung seiner Lehenshoheit über das nun Herzogtum Preußen heißende Territorium erkaufte.

1618 und damit in jenem Jahr, in dem der Dreißigjährige Krieg begann, erlosch die hier regierende Hohenzollernlinie im Mannesstamm und das Herzogtum fiel an die Kurfürsten in Brandenburg. Der größte von letzteren ist sicherlich der Große Kurfürst. Ihm gelingt es, im Schwedisch-polnischen Krieg die polnische Lehenshoheit abzuschütteln. Im Frieden von Oliva erkennen der römisch-deutsche Kaiser sowie die Könige Polens und Schwedens die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Mit dem souveränen Preußen hinterläßt Friedrich Wilhelm II. seinem Sohn Friedrich III. ein souveränes Herrschaftsgebiet, in dem dieser sich zum König krönen kann, was er 1701 auch tut.

Wenn König Friedrich I. wegen seiner Prunksucht auch nicht unumstritten ist, so hat er mit der preußischen Königswürde doch ein einigendes Band für das territorial auseinandergerissene Herrschaftsgebiet seiner Dynastie geschaffen, das nun unter dem Oberbegriff "Preußen" zusammenwächst. Ein mindestens ebenso wichtiges einigendes Band ist die Staatsidee, deren Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten beginnt und unter Friedrich dem Großen ihre Vollendung findet. Zu dieser Idee gehört außer dem preußischen Dienstethos auch die preußische Toleranz, die Friedrich II. in Bezug auf Preußen formulieren ließ, "hier muß jeder nach seiner Fassung selig werden".

Friedrichs des Großen Regierungszeit hat sicherlich etwas Finales. Sie bildet sowohl den Höhe- als auch den Endpunkt einer Blüte Preußens. Sie ist aber auch ein Anfang, denn mit ihr beginnt Preußens Großmachtdasein und der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland.

Zu diesem Zeitpunkt bereits hinsichtlich Preußens von einer deutschen Sendung oder einem deutschen Kernstaat zu sprechen, ist jedoch zumindest gewagt. Zu desinteressiert zeigen sich hierfür Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. am Vordringen der Revolutions- und kaiserlichen Truppen Frankreichs in Deutschland. Erst nach seinem eigenen Zusammenbruch und dem Scheitern der nationalen Erhebung in Österreich wird Preußen zum Hoffnungsträger der deutschen Patrioten.

Mit der Unterstützung Rußlands gelingt schließlich unter preußischer Führung die Befreiung der Nation von der französischen Fremdherrschaft. Es entspricht der neuen Rolle Preußens, daß es auf die Rückgabe der in der napoleonischen Zeit verlorenen polnischen Gebiete keinen Wert legt und sich dafür mit deutschem Territorium entschädigen läßt. Es "wächst in Deutschland hinein" und übernimmt von der süddeutschen Großmacht Österreich die psychologisch wichtige "Wacht am Rhein". Mit dem Ruhrgebiet gewinnt Preußen zudem das schwerindustrielle Herz Deutschlands, dessen große gesamtökonomische und rüstungswirtschaftliche Bedeutung sich erst im Laufe des Jahrhunderts erweist.

Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft war Preußen im Gegensatz zur Österreich in der Lage, sich an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung auf zollpolitischem Gebiete zu stellen. Doch nicht nur aus ökonomischen Gründen tat sich die Donaumonarchie mit dem deutschen Einigungsstreben schwer.

Im Gegensatz zu Preußen war Österreich nämlich auf dem Wiener Kongreß aus Deutschland hinausgewachsen. Das Habsburgerreich konnte deshalb im Gegensatz zum Hohenzollernstaat nicht in einem deutschen Nationalstaat aufgehen und sah sich daher allein schon aus Gründen der Staatsräson gezwungen, dem Streben der Deutschen nach ihm entgegenzuwirken. Preußen stand damit als zweite deutsche Großmacht in der Pflicht.

Daß dieses auch außerhalb Preußens so gesehen wurde, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht den österreichischen Kaiser, sondern den preußischen König zum Kaiser der Deutschen wählte. Mit einer Mehrheit von 290 gegen 248 Stimmen beschloß das deutsche Nationalparlament, Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserwürde anzutragen. Gelöst hat dieser Mehrheitsentscheid die deutsche Frage nicht.

"Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden - das ist

der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Der bedauerlich hohe Wahrheitsgehalt dieser Feststellung Otto von Bismarcks kennzeichnet die weitere Entwicklung der deutschen Frage.

So sind es statt der Reden und Majoritätsbeschlüsse der Paulskirchenabgeordneten die Einigungskriege, die die deutsche Frage schließlich einer kleindeutschen Lösung zuführen. 1871 wird Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

Wie die anderen 24 Bundesstaaten gibt auch der preußische Staat viele Kompetenzen an das neue Reich ab, weshalb manche in der Reichsgründung von 1871 das Ende Preußens sehen. Andere sehen in der Umwandlung Preußens von einer Erbmonarchie in eine Republik das Ende des Staates. Das Revolutionsjahr 1918 ist jedoch nicht nur wegen des Endes der Monarchie in Preußen von verfassungsrechtlich großer Bedeutung.

Vielmehr beginnt in jenem Jahr auch die Umwandlung des eher föderalistischen Kaiserreiches in eine vergleichsweise zentralistische Republik, die für Preußen nicht nur wie für alle Reichsländer die Abtretung weiterer Kompetenzen an das Reich bedeutet, sondern darüber hinaus auch den Verlust seiner Sonderstellung als Führungsmacht, die bis 1918 nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß das Staatsoberhaupt Preußens automatisch auch Oberhaupt des Deutschen Reiches war. Wie sehr die Macht von Preußen zum Reich gewechselt hatte, zeigt 1932 anschaulich der sogenannte Preußenschlag, an dem auch manche das Ende Preußens festmachen.

Andere sehen in den Nationalsozialisten Preußens Totengräber. Diese haben zwar eine Linie von Friedrich dem Großen über Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg zu ihrem Führer Adolf Hitler gezogen, doch waren unter ihren Spitzenfunktionären die Preußen gemessen an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches deutlich unterrepräsentiert. Dafür waren die Männer und Frauen des 20. Juli (1944) zu großen Teilen Angehörige des preußischen Adels. Von daher machen manche auch am Scheitern ihres Umsturzversuches und den anschließenden Hinrichtungen vieler von ihnen das Ende Preußens fest. Offiziell aufgelöst wurde Preußen vom Alliierten Kontrollrat im Jahre 1947.

Wenn somit auch derzeit kein preußischer Staat besteht, so ist die Bundesrepublik Deutschland doch gut beraten, die preußische Staatsidee und die preußischen Ideale zu postulieren und zu leben, will sie nicht langfristig in die Zweit- oder Drittklassigkeit oder gar zur Bananenrepublik hinabsinken. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 10. Februar 2007) (x887/...): >>Wie der preußische Staat endete

Vor 60 Jahren löste der Alliierte Kontrollrat den "Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland" auf

Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel I. Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.

Artikel II. Die Gebiete, die ein Teil des Staates Preußen waren und die gegenwärtig der Oberhoheit des Kontrollrats unterstehen, sollen die Rechtsstellung von Ländern erhalten oder Ländern einverleibt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels unterliegen jeder Abänderung und anderen Anordnung, welche die Alliierte Kontrollbehörde verfügen oder die zukünftige Verfassung festsetzen sollte.

Artikel III. Staats- und Verwaltungsfunktionen sowie Vermögen und Verbindlichkeiten des

früheren Staates Preußen sollen auf die beteiligten Länder übertragen werden, vorbehaltlich etwaiger Abkommen, die sich als notwendig herausstellen sollten und von der Alliierten Kontrollbehörde getroffen werden.

Artikel IV. Dieses Gesetz tritt mit dem Tag seiner Unterzeichnung in Kraft."

Es besteht ein breiter Konsens, daß dieses vor 60 Jahren erlassene Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates weniger ein Todesurteil, denn ein Totenschein des preußischen Staates war. Wenn jedoch der preußische Staat vorher schon zu existieren aufgehört hatte, stellt sich natürlich die Frage, wann. Hierauf gibt es eine Fülle von Antworten. Zweifellos ist im Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 das alte Preußen untergegangen. Danach war Preußen jedoch in den Befreiungskriegen eine Wiedergeburt vergönnt.

Entsprechend der herrschenden Lehre war der 1815 auf dem Wiener Kongreß als Nachfolger des Heiligen Römischen Reiches gegründete Deutsche Bund ein Staatenbund, das 1871 gegründete Deutsche Reich hingegen ein Bundesstaat. Den Norddeutschen Bund lassen wir einmal als Interimslösung außen vor. Folgt man dieser Lehrmeinung, dann verlor Preußen formaljuristisch mit der Reichsgründung seine Souveränität. Hans-Joachim Schoeps läßt deshalb die Zeit nach der Kaiserproklamation nur noch als "Nachgeschichte Preußens" gelten.

Nun läßt sich lange darüber diskutieren, ob in der Folgezeit eher Deutschland prussifiziert oder Preußen germanisiert wurde, ob es eher zu einer Verpreußung Deutschlands oder zu einem Aufgehen Preußens in Deutschland gekommen ist. War das Kaiserreich eher ein Großpreußen oder ein kleindeutscher Nationalstaat? Die Wahrheit liegt sicherlich irgendwo zwischen diesen Polen. Mit Sicherheit läßt sich jedoch feststellen, daß der Bundesstaat Preußen im Reich kein Gleicher unter Gleichen war. So stellte Preußen mit seinem König den höchsten Repräsentanten des Reiches, den Kaiser, der nicht ohne Macht war. Und auch schon rein äußerlich-optisch war die bevorzugte Stellung Preußens deutlich.

Der Reichsadler trug einen Brustschild, und der zeigte das Wappen Preußens. Zur Schwierigkeit der Standortbestimmung des Reiches zwischen den Polen Großpreußen und kleindeutscher Nationalstaat trug auch bei, daß sich der Führungskreis um den König und Kaiser Wilhelm I. noch nicht einmal selber einig war, was dieses Reich denn nun eigentlich sein sollte. Weiter erschwert wird die Verortung dadurch, daß das Kaiserreich in den Jahrzehnten seiner Existenz eine Entwicklung durchgemacht hat. Man denke nur an die Kaiser. Schon von ihrem Selbstverständnis her war Wilhelm I. im Vergleich zu seinem gleichnamigen Enkel zweifelsohne eher Preuße, während Wilhelm II. im Vergleich zu seinem Großvater ebenso zweifelsfrei eher Deutscher war.

Manche machen denn auch an der Ära des letzten Kaisers und Königs, am Wilhelminismus Preußens Ende fest. Zweifelsohne glänzte das wilhelminische Preußen und Deutschland nicht gerade durch preußische Bescheidenheit und Sparsamkeit. Nun gehört es allerdings auch zur ganzen Wahrheit, daß ein Armer eher bescheiden und sparsam leben kann als ein Reicher. Preußens Bescheidenheit und Sparsamkeit war ja nicht aus Jux und Tollerei frei gewählt, sondern aus der Not geboren.

Die sprichwörtliche märkische Streusandbüchse war mit Bodenschätzen nicht reich gesegnet, und wenn man dann wie der Große Kurfürst und in seiner Tradition der Soldatenkönig aus den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges die Lehre zieht, daß ein großes stehendes Heer hermüsse, bleibt zu Bescheidenheit und Sparsamkeit kaum eine vernünftige Alternative. Im Gegensatz dazu hatte das wilhelminische Preußen wie Kaiser Wilhelms gesamtes Reich eine blühende Wirtschaft, wie Ehrhardt Bödecker völlig zu Recht und löblicherweise nicht müde wird, den Bundesbürgern vor Augen zu führen.

Dieser Blüte bereitete der Erste Weltkrieg ein jähes Ende, und böse Zungen behaupten, daß gerade dieses auch sein Zweck gewesen sei. Mit dem Wohlstand verloren die Preußen auch ihren König. Monarchistisch Gesinnte mögen nun dazu neigen, deshalb das Ende des preußi-

schen Staates mit 1918 zu datieren. Mir dünkt das zu brandenburgzentrisch gedacht. Dafür scheinen zu viele Wurzeln der preußischen Ideale in den - nicht-monarchischen - Staat der Deutschen Ordensritter zu reichen.

Doch muß man nicht Anhänger der Monarchie sein, um das Ende des preußischen Staates am Ende des König- und des Kaiserreiches festzumachen, denn mit der Novemberrevolution verlor Preußen nicht nur seinen Monarchen, sondern auch seine durch die Verfassung verbriefte herausgehobene Rolle im Reich. Preußen stellte nicht mehr automatisch das Staatsoberhaupt des Reiches - und sein Schild zierte auch nicht mehr die Brust des Reichsadlers. Zumindest verfassungsrechtlich war es im Deutschen Reich nun Gleicher unter Gleichen.

Für viele eher linksgerichtete Beobachter endet der preußische Staat 1918 jedoch trotzdem nicht, sondern vielmehr fängt in ihren Augen die beste Phase der preußischen Geschichte jetzt erst an - die Ära des sogenannten roten Preußen. Vom "roten" Preußen spricht man, weil nach der Umwandlung des Königreiches in einen Freistaat in Preußen fast ausnahmslos die Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten als Regierungschefs regierte.

Das "rote Preußen" endete mit dem sogenannten Preußenschlag, als per Reichsexekution der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun vom Deutschen Reich durch den nichtsozialdemokratischen Reichskommissar Franz von Papen ersetzt wurde. Vor allem Anhänger und Freunde des "roten Preußen" vertreten gerne die Ansicht, daß der ihnen verhaßte "Preußenschlag" mit dem "roten Preußen" auch gleich Preußen beendet habe. Sie entrüsten sich, daß die Reichsexekution ein verfassungswidriger Staatsstreich gewesen sei, der zum Ende des Staates geführt habe, loben aber die Novemberrevolution, die kaum weniger verfassungswidrig war.

Dabei könnte man den Spieß umdrehen und den beklagten Kontinuitätsbruch von 1932 als Versuch interpretieren, den Kontinuitätsbruch von 1918 zu revidieren. So beschreibt der renommierte Historiker Horst Möller die Reichsexekution als "einen Versuch der politischen und gesellschaftlichen Restauration der 1918/19 revolutionierten Strukturen und ihrer politischen Führungsschicht".

Nun ließe sich seitens der Anhänger von Novemberrevolution und "rotem Preußen" argumentieren, daß die Revolution von innen kam und die Reichsexekution von außen, nämlich vom Reich. Das wäre aber spitzfindig, denn Preußen war das mit Abstand größte Land des Reiches und der Reichskommissar Franz von Papen sowie der Reichspräsident Paul von Hindenburg, mit dessen Amtsautorität die Reichsexekution durchgeführt wurde, waren nicht weniger Preußen als der abgelöste Ministerpräsident Otto Braun. Und wenn wir schon bei Spitzfindigkeiten sind: Der Reichskommissar war nur eine Interimslösung. Schon 1933 bekamen die Preußen wieder einen eigenen Ministerpräsidenten - Hermann Göring.

Wie die Novemberrevolution von 1918 brachte auch die "nationale Revolution" von 1933 eine Stärkung der Zentralgewalt im Deutschen Reich auf Kosten der Bundesstaaten beziehungsweise Reichsländer. Und so bietet denn die NS-Zeit diverse Daten, an denen man einen Verlust an Staatlichkeit festmachen kann. Genannt sei hier das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches von 1934 oder das Reichsstatthaltergesetz von 1935.

Ganz anders wird hinsichtlich des 20. Juli 1944 argumentiert. Vor allem im eher konservativen Lager wird Preußens Ende gerne an der blutigen Rache des NS-Regimes nach dem mißglückten Hitler-Attentat festgemacht, dem in überdurchschnittlichem Maße Angehörige der traditionellen preußischen Oberschicht angehörten.

Immerhin waren laut dem Internet-Lexikon "Wikipedia" von insgesamt 200 später wegen der Erhebung Hingerichteten einer Generalfeldmarschall, 19 Generäle, 26 Obersten, zwei Botschafter, sieben weitere Diplomaten, einer Minister, drei Staatssekretäre, einer der Chef der Reichskriminalpolizei sowie mehrere Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Regierungspräsidenten. Mehr als zwei Drittel derjenigen, die am 20. Juli 1944 in der einen oder anderen

Form mitwirkten, sind einer Schätzung Gerd Heinrichs zufolge dem preußischen Milieu im Reich zuzurechnen.

Stalin begnügte sich nicht mit Hunderten, sondern hat alleine beim Massaker von Katyn Tausende von Polen umbringen lassen, und auch hier gehörten viele der Funktionseleite an. Polen hat einen Aderlaß von Tausenden Angehörigen der staatstragenden Elite überlebt, sollte da die Tötung von 200 das Ende Preußens bedeutet haben?

Schwerwiegender war da die Eroberung und Besetzung durch die Alliierten. Erstmals seit dem Vierten Koalitionskrieg in der napoleonischen Zeit war Preußen erobert und besetzt. Wie die Alliierten hatte auch schon Napoleon Preußen auflösen wollen. Damals hatte allerdings Rußland dieses verhindert.

Eine solche Großmacht, die sich für Preußen stark machte, fehlte jedoch jetzt. Schon vor der offiziellen Auflösung Preußens, also der Erlegung des Bären, wurde sein Fell verteilt. Die Sowjetunion teilte den Osten Preußens zwischen sich und Polen auf, und die Westalliierten gründeten auf dem Boden des westlichen Teils Preußens neue Länder.

Stalin machte jedoch etwas, daß noch nicht einmal Napoleon in Erwägung gezogen hatte. Er vertrieb das Staatsvolk vom territorialen Kern und Namensgeber Preußens.

Am 25. Februar 1947 wurde der preußische Staat dann durch General Pierre Koenig für Frankreich, Marschall Wassiliy D. Sokolowski für die Sowjetunion, Generalleutnant Lucius D. Clay für die USA und Generalleutnant Sir Brian Robertson für Großbritannien mit ihrer Unterschrift unter das Kontrollratsgesetz Nr. 46 auch formell aufgelöst.

Eine zeitgleiche Reeducation (Umerziehung) hatte begleitend dafür Sorge zu tragen, daß anders als nach dem Frieden von Tilsit erst gar nicht der Wunsch nach einer Renaissance Preußens aufkommt.<<

27.02.1947

Berlin: Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärt am 27. Februar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<

01.03.1947

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (9/1947) berichtet am 1. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Westeuropa: >>**Stacheldrahtbörse - PG.s müssen noch bleiben**

Frankreich hat Amerika wissen lassen, daß es die 530.000 Kriegsgefangenen, die es von Amerika "geliehen" hat und deren Entlassung die Vereinigten Staaten im Dezember 1946 forderten, nicht bis zum Oktober 1947 entlassen kann. 370.000 Deutsche sollen zum 31. Dezember die Möglichkeit erhalten, aus Kriegsgefangenen zu "freien Arbeitern Frankreichs" zu werden. Der Rest soll in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Bis dahin hofft man, die für die französische Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte in Italien und in den Lagern für verschleppte Personen angeworben und ausgebildet zu haben.

"Man kann die Gefangenen nicht als solche auf die Dauer festhalten, kann aber ihre Arbeitsleistung verwenden, wenn man sie als freie Arbeiter unter prinzipieller Gleichstellung mit den Arbeitern des betreffenden Landes leben läßt", stellt das Internationale Komitee zum Studium der europäischen Fragen in London in einer Denkschrift fest.

Nach einem ausgeklügelten System soll bei der Entlohnung der dann "freien Arbeiter" verfahren werden. Die Deutschen sollen 75 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt bekommen, 12 1/2 Prozent sollen der deutschen Regierung zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln in Frankreich zur Verfügung gestellt werden, und die übrigen 12 1/2 Prozent sollen auf Reparationen

verrechnet werden. Nach Meinung des Komitees soll dadurch der Wiederaufbau aller Länder einschließlich Deutschlands beachtlich gefördert werden.

Die von Frankreich selbst eingebrachten PG.s ("prisoniers de guerre") müssen mindestens bis Ende 1948 als Kriegsgefangene in den Bergwerken arbeiten (sie fördern 20 Prozent der gesamten Kohle) und können erst dann als "freie Arbeiter Deutschlands" den "Wiederaufbau beachtlich fördern".

Wie "New York Herald Tribune" mitteilt, ist der 1. Juli der Termin, bis zu dem die letzten der 38.250 Kriegsgefangenen Amerikas in Europa entlassen werden sollen. 20.000 von ihnen brechen im Augenblick noch die Zelte der Amerikaner in Italien, danach aber ganz bestimmt ihre eigenen ab, versichert das amerikanische Hauptquartier.<<

04.03.1947

SBZ: 2 Berliner Studenten (CDU-Mitglieder) werden am 4. März 1947 wegen Waffenbesitz zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. März 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/57): >>4. März 1947. Täglich geht im Lager ein großer Stapel Post ein - Anfragen nach vermißten Soldaten ... oder nach vermißten Angehörigen, die vielleicht Friedland passiert haben.

Auch über den Fernsprecher versuchen jeden Tag Hunderte von Menschen aus kleinen Dörfern und großen Städten etwas über den vermißten Vater oder den noch nicht heimgekehrten Bruder zu erfahren. Alle diese Anfragen sollen bearbeitet werden. Für das Personal eine schwierige, kurzfristig kaum lösbare Aufgabe.

Es ist jetzt angeordnet worden, daß jeder durch das Lager kommende Kriegsgefangene eingehend über das Schicksal seiner Kameraden befragt wird. Diese Auswertungen sollen an das Zentralnachforschungsbüro in Hamburg weitergegeben werden.

Bis heute gingen 68.812 Kriegsgefangene durch Friedland. Viele werden noch erwartet. Die Schätzungen darüber sind jedoch sehr unterschiedlich. Genaue Unterlagen über alle ehemaligen deutschen Soldaten in alliierter Gefangenschaft fehlen.<<

09.03.1947

SBZ: Der SED-Politiker Otto Grotewohl erklärt am 9. März 1947 während einer KPD-Versammlung in Frankfurt (x039/230): >>Die SED billigt die Grenzziehung im Osten ebenso wenig, wie sie sich mit einer geplanten Neuregelung der Grenzen im Westen abfinden würde.<<

12.03.1947

USA: US-Präsident Truman verkündet am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").

Truman erklärt am 12. März 1947 vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/-226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwandern mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie

Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<

>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...

Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:

"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".

Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...

Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."

Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.

Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen und die Franzosen von einer "drole de guerre" oder "guerre froide" sprachen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<

18.03.1947

USA: Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964) Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist ist, veröffentlicht am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.

Der Hoover-Bericht fordert in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x069/208, x114/2.166, x021/473, x073/225): >>... Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, sowie ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher sind in erbärmlicher Verfassung und leben nicht nur weit, sondern in gefährlichem Ausmaß schlechter als die Nachbarvölker im Westen. ...<<

>>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Mensch-

heit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...

Dieses Volk ist – in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft – auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<

>>... Europas Produktivität kann nicht wiederhergestellt werden, solange Deutschland nicht wiederaufgerichtet wird. ... Und es darf weder eine Abtrennung der Ruhr oder des Rheinlandes von Deutschland noch ein gesondertes Regime für diese Gebiete geben, ... weil sie das Herz der deutschen Industriewirtschaft sind. ...<<

>>... Es gibt nur einen Weg, der zur Gesundung Europas führt, nämlich die Erhöhung der Produktion. Die gesamte Wirtschaft Europas ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohstoff und Fertigwaren eng verkettet. Die Produktionsfähigkeit Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß Deutschland in die Lage versetzt wird, zu dieser Produktivität beizutragen. ...

Es ist eine amerikanische Politik angekündigt worden, die die Grenzen der westlichen Zivilisation verteidigen soll. Die wichtigsten dieser Grenzen sind die deutschen und japanischen. Wenn diese verloren gehen, sind ganz Europa und der ganze Ferne Osten verloren. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über den "Hoover-Bericht" (x063/621-622): >>Von entscheidender Bedeutung war der Herbert-Hoover-Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, veröffentlicht am 18. März 1947. Er war das Ergebnis der Europa-Mission Hoovers im Februar jenes Jahres, auf der Gustav Stolper ihn begleitete. ...

Dieser Bericht führte der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen, daß der zu Hause längst diskreditierte "Morgenthauplan" in der Geheimdirektive JCS 1067/6 weiterlebte, nämlich "Deutschland in einen Staat von Hirten und Ackerbauern zurückzuverwandeln. ... Dies durchzuführen wäre unmöglich, es sei denn, wir rotten 25 Millionen Menschen aus oder vertreiben sie."

Der Bericht zerpfückte auch den "erstaunlichen Deutschen Produktionsplan" (Level of German Economy Plan) vom 28. März 1946 als "... ein von Anfang an unmögliches Unterfangen".

Dieser Produktionsplan wird lang im Gedächtnis haften als ein einzigartiges Beispiel menschlicher Torheit im anspruchsvollen Gewand gelehrter Terminologie.

Wenn irgend etwas geeignet war, die Autorität der Volkswirtschaftler in Verruf zu bringen, so war es dieses Dokument.

Während im Jahre 1936 neunzehn Millionen Tonnen Stahl erzeugt wurden, sollte nach dem Level of German Economy Plan die Produktion nur noch 5,8 Millionen Tonnen betragen, und nur "die älteren Maschinen" sollten verwendet werden!

Die Liste der "Verbotenen Industrien" ("um Deutschlands Kriegspotential auszulöschen") war lang und grotesk. Sie ging vom Verbot synthetischen Benzins und Kunstkautschuks, der Kugel- und Rollenlager bis zum Verbot von Wasserstoffsperoxyd und Rundfunkgeräten. Fahrräder, Motorräder – bis 60 ccm -, Glas, Möbel und Keramik durften ungeschmälert hergestellt werden!

"Wir können Deutschland zwar wirtschaftlich in Ketten halten, aber dann halten wir Europa in Lumpen", faßte der Hoover-Stolper-Bericht zusammen. ...<<

20.03.1947

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 20. März 1947 in ihrem Tagebuch über die von Molotow bekanntgegebene Zahl der deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Und wo blieben die anderen?

Herrn Molotows Bekanntmachung hat sie allesamt ausgelöscht. Wie Spreu in den Wind ge-

weht. Auf immer vom Erdboden vertilgt.

Erst heute, zwei Jahre nach Kriegsende, fiel für eine Million Mütter, für viele Millionen Schwestern, Kinder und Frauen der Sohn, der Vater, der Mann oder Freund.

Fiel bei den Worten Molotows:

"Noch 890.532 Männer in russischer Gefangenschaft".

Setzt Halbmast über Deutschland!

O weine, Hekuba (Königin von Troja)!<<

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. März 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/57-58): >>20. März 1947. Vom Evangelischen Hilfswerk wurde eine Aufnahmestelle für männliche Jugendliche im Lager eingerichtet. Das war notwendig, da diese jungen Menschen, alle ohne Eltern, ohne Heimat, ohne festen Wohnsitz, langsam aber sicher zu Verbrechern werden. Zu Asozialen - zu Opfern der Zeitverhältnisse. ...

Alle hatten Verbindungen zu Schwarzhändlern, lebten von der Hand in den Mund, schliefen auf Bahnhöfen und in Obdachlosenasylen, scheuten jede Arbeit, ließen sich von der Polizei einfangen - und kniffen irgendwann, irgendwo auch wieder aus. ...

Einige dieser Jungen, die nun in Friedland festgehalten werden, hatten bis zu 4 Ausweise bei sich, die alle auf verschiedene Namen lauteten und in deutscher und englischer Sprache ausgestellt waren. Sie sitzen verstockt, manchmal scheu, meistens frech und anmaßend in der Baracke, erzählen sich gegenseitig prahlerisch ihre Abenteuer, geben sich Tips, wie man die Behörden und andere Stellen betrügen kann und sind sehr von sich überzeugt.

... Sie sind das Produkt unserer Gesellschaft, unserer sozialen Ordnung, vor allem aber der politischen Vergangenheit, des totalen Zusammenbruchs eines Systems ...<<

UdSSR: Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichen die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<

Während der Moskauer Außenministerkonferenz unterbreitet der sowjetische Außenminister Molotow am 20. März 1947 folgende Vorschläge (x111/295):

>>1) Sofortige Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung für Industrie, Landwirtschaft, Finanzen, Verkehr, Nachrichtenwesen und Außenhandel.

2) Baldige Erhöhung der Stahlerzeugung auf 10-12 Millionen t.

3) Unterstellung des Ruhrgebietes unter die vereinigte Kontrolle der vier Großmächte.

4) Diese Maßnahmen sollen ergriffen werden, um a) die Währungslage zu verbessern und Währungsspekulationen zu verhindern; b) den deutschen Export zu steigern; c) die Kontrolle über Kartelle und Trusts in Zusammenarbeit der deutschen demokratischen Parteien auf den Staat zu überführen.

5) Aufhebung des britisch-amerikanischen Zonenzusammenschlusses.

6) Reparationszahlungen in Höhe von 10 Mrd. Dollar auf Grundlage der Weltpreise des Jahres 1938 an die Sowjetunion, die aus dieser Summe die Ansprüche Polens befriedigt.

7) Die Reparationen sollen in der Demontage industrieller Einrichtungen, Entnahmen aus der laufenden Produktion und aus Auslandsguthaben bestehen.

8) Die deutschen Reparationsleistungen müssen innerhalb von 20 Jahren nach Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens erfüllt werden.

9) Von den vier Großmächten wird eine interalliierte Reparationskommission gebildet.

10) Die Entwicklung einer deutschen Friedensindustrie zum Nutzen Deutschlands und anderer Länder soll keiner Beschränkung unterliegen.<<

21.03.1947

WBZ: Der ehemalige SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren, leitete

1943 die Liquidierung des Warschauer Gettos, "Henker von Warschau") wird am 21. März 1947 durch ein US-Militärgericht in Dachau wegen Erschießung gefangener alliierter Piloten zum Tod verurteilt und anschließend an Polen ausgeliefert (x051/567).

Der deutsche Historiker Manfred Hellmann (1912-1992) schreibt am 21. März 1947 in der "Göttinger Universitäts-Zeitung" über Mitteldeutschland (x111/296): >>... Vergessen Sie nie, daß wir hier kein "Osten" sind, daß z.B. Thüringen vor noch nicht allzu langer Zeit das "grüne Herz Deutschlands" genannt wurde.<<

22.03.1947

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (12/1947) berichtet am 22. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>**Millionen im Schatten**

TASS: 890.532 Kriegsgefangene

Die amtliche sowjetrussische Nachrichtenagentur TASS überraschte mit den ersten Zahlenangaben über deutsche Kriegsgefangene in Rußland. Danach sind noch 890.532 Deutsche in russischen Händen, während 1.003.974 Gefangene seit der Kapitulation bereits nach Deutschland zurückkehrten.

Zwei Tage vorher hatte Englands Ernest Bevin von Molotow konkrete Unterlagen über die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR gefordert. Nach Schätzung der britischen Delegation befinden sich noch 3 Millionen Deutsche in russischer Gefangenschaft.

Zum erstenmal ist die russische Regierung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen von ihrem Prinzip des beharrlichen Schweigens abgegangen. Ende Januar hatten die Amerikaner im Alliierten Kontrollrat einen letzten Vorstoß unternommen, das Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor dem Kontrollrat zu besprechen und die genaue Zahl der Gefangenen anzugeben.

Nach Scheitern dieses Versuchs erklärte ein hoher Beamter der amerikanischen Militärregierung in Berlin, bei Kriegsende hätten sich etwa vier Millionen deutsche Kriegsgefangene in russischen Händen befunden. Rund 755.000 seien inzwischen von den Sowjets entlassen worden. Das Schicksal von weiteren 200.000 Gefangenen sei aus verschiedenen Gründen - Tod, Flucht usw. - nicht mehr festzustellen.

Auch George Meader, der Berater der Kriegsuntersuchungskommission des USA-Senats, gab im Dezember 1946 die amtliche Schätzung ab, daß noch 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene in Rußland seien. Diese Zahl stützt sich auf Dokumente, die der Amerikaner auf einer dreiwöchigen Untersuchungsreise in Europa sammelte.

Der größte Teil der Entlassungen aus der russischen Kriegsgefangenschaft fällt in die Zeit von Kriegsende bis Sommer 1946. Nach der Kapitulation hatten die Russen in Deutschland, Ostpreußen und im Baltikum große Gefangenenlager errichtet. Nach anfänglichen Entlassungen wurden die Lager aufgelöst und die Insassen nach dem Osten abtransportiert.

Seit dem Sommer letzten Jahres wurden Entlassungen nur noch als "Heimkehrer-Transporte" über Frankfurt/Oder durchgeführt. Jeder in Frankfurt einlaufende Zug wurde mit östlichem Propaganda-Aufwand bewillkommnet. Aber trotz organisierter Heimkehr sanken die Entlassungsziffern beträchtlich herab. Am 24. Februar meldete der russisch lizenzierte Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst als Gesamtergebnis der planmäßigen Aktion 163.533 rückgeführte Kriegsgefangene und 18.429 Zivilinternierte.

Außenminister Marshall gab in Moskau die Zahl der Wehrmattsangehörigen in amerikanischer Hand bekannt: 30.976 Mann. Davon sind 103 als Kranke oder als Häftlinge wegen begangener Verbrechen in den USA, 1.175 dienen in Frankreich in Arbeitsgruppen des amerikanischen Gräberdienstes und 13.825 befinden sich wegen Transportschwierigkeiten noch in Italien. Jedoch würden aus Italien wöchentlich 1.000 nach Deutschland zurückgeführt.

In der amerikanischen Zone stehen 15.873 Kriegsgefangene im Entlassungsverfahren. Vor Juni dieses Jahres würden auch die 8.879 Dienstgruppenangehörigen in der amerikanischen

Zone entlassen werden.

Die Gesamtzahl der deutschen Gefangenen in britischen Händen ist 435.295. Davon werden monatlich 17.500 nach Deutschland zurückgeführt. Ab 1. Juli soll die Zahl auf 20.000 und später weiterhin erhöht werden.

Die Franzosen halten noch 631.483 ehemalige Soldaten gefangen, davon 593.276 in Frankreich, 19.601 in Nordafrika und 18.606 in der französischen Zone Deutschlands. Nach den neuabgeschlossenen französisch-amerikanischen Abkommen über Kriegsgefangene werden die Franzosen monatlich 20.000 Gefangene nach Deutschland entlassen oder ihnen die Möglichkeit geben, als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben. Die 50.000 in den Bergwerken arbeitenden Kriegsgefangenen fallen nicht unter das Abkommen.

Von den in Belgien festgehaltenen Kriegsgefangenen sind etwa 40.000 als Bergarbeiter eingesetzt. Die belgische Regierung hat sich bereit erklärt, jeden Gefangenen, der hundert Tage im Bergwerk arbeitet und 80 Prozent der Leistung eines belgischen Bergarbeiters fördert, zu entlassen.

Über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Polen veröffentlichte der Pressedienst der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat kürzlich nähere Einzelheiten. 30.000 deutsche Gefangene arbeiten in den Kohlengruben der Zentralverwaltung. Weitere 14.600 Deutsche unterstehen der direkten Aufsicht des Gefängnis-Überwachungsamtes.

Nach dem Bericht erhält jeder Gefangene morgens gesüßten Kaffee und 600 g Brot, mittags 1 Liter dicke Suppe und abends ebenfalls 1 Liter Suppe. Schwerarbeiter bekommen zusätzliche Ernährung, der Kalorienwert für die arbeitenden Gefangenen soll täglich 2.800 Kalorien betragen. Um 5 Uhr morgens wird geweckt, von 7 bis 17.30 Uhr gearbeitet, unterbrochen von einer einstündigen Mittagspause. Im Lager wird bis 21 Uhr weitergearbeitet.

Die Zahl der deutschen Gefangenen in Jugoslawien ist gänzlich ungewiß. Über ihre Lage berichtete einer der Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, der im Januar den großen Liebesgabentransport für die Kriegsgefangenen nach Jugoslawien mit begleitete. Die Vertreter des Roten Kreuzes brachten den Zug bis an die jugoslawische Grenze und unterhielten sich nach der Unterzeichnung des Übergabeprotokolls mit vier Vertretern der deutschen Kriegsgefangenen. Die vier Gefangenen wußten zu berichten, daß die Verpflegung von 2.500 Kalorien für die in Arbeit stehenden Gefangenen und 3.300 Kalorien für Kranke im allgemeinen eingehalten würden. Die Verpflegung sei ausreichend.<<

UdSSR: Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnt der sowjetische Außenminister Molotow am 22. März 1947 die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).

24.03.1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Torgau wird am 24. März 1947 aufgelöst. Die letzten 135 Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Mühlberg transportiert.

Von September 1945 bis März 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Torgau etwa 1.500 deutsche Häftlinge. 4.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/146).

26.03.1947

WBZ: Die US-Militärregierung gibt am 26. März 1947 offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).

27.03.1947

WBZ: Der EKD-Rat bittet am 27. März 1947 um Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und um Rückgabe der besetzten Gebiete (x111/297): >>Unser Volk wird sonst in der Enge seines Landes ersticken und sterben müssen. ...<<

28.03.1947

SBZ: In der sowjetischen Zone beginnen am 28. März 1947 die Dienstverpflichtungen für den Uranbergbau.

Berlin: Albert Speer (zu 20jähriger Freiheitsstrafe verurteilt, weil er als "NS-Reichsminister für Bewaffung und Munition" Zwangsarbeiter einsetzen ließ) schreibt am 28. März 1947 in seinem Tagebuch (x028/217): >>Die Deportation von Arbeitskräften ist ohne Zweifel ein internationales Vergehen. Ich lehne das Urteil nicht ab, weil andere Nationen das gleiche tun. ...<<

WBZ: Im Ruhrgebiet finden am 28. März 1947 große Hungerdemonstrationen statt.

30.03.1947

Berlin: Während einer Konferenz des FDGB in Berlin werden am 30. März 1947 folgende Forderungen gestellt (x111/298): >>1. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Großbanken.

2. Die Durchführung einer demokratischen Bodenreform.

3. Die Sicherung einer entscheidenden Stimme für die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Industrie.<<

31.03.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 31. März bis zum 27. April 1947 täglich nur 1.552 Kalorien zugeteilt.

Die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung protestiert am 31. März 1947 gegen die schlechten Lebensverhältnisse (x117/36): >>Die Besatzungsmächte sind keinesfalls von Schuld an den traurigen Verhältnissen freizusprechen. Die oberste Kontrolle über die Heranschaffung und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel liegt in ihrer Hand. ...

Wir protestieren gegen zahllose Hemmungen und Einschränkungen, die sich aus der gegenwärtigen Macht- und Zuständigkeitsverteilung ergeben, und fordern ihre sofortige Beseitigung ...<<

März 1947

Frankreich: Obwohl das Deutsche Reich total zerschlagen ist, vereinbaren Frankreich und England im März 1947 in Dünkirchen einen Sicherheitspakt.

Dieser Pakt verpflichtet die Teilnehmerstaaten (ab 1948 = "Brüsseler Pakt") zur gegenseitigen Hilfe "für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggression" (x128/264).

01.04.1947

WBZ: Die Zeitschrift "Der Ruf" wird am 1. April 1947 von der US-Militärregierung wegen "Nihilismus" (Leugnung gültiger Erkenntnisse) vorübergehend (bis zur Entlassung der Herausgeber Andersch und Richter) verboten.

Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. April 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/62): >>... Der Hunger grassiert in Westdeutschland. Schwerarbeiter verloren im Laufe eines Monats 3,64 kg Körpergewicht. Die offene Tuberkulose greift immer mehr um sich. Menschen fallen vor Hunger auf der Straße um, alte Leute kommen, wenn ein Bett frei sein sollte, in die Krankenhäuser und sterben, sterben, sterben. Nicht an Altersschwäche, sondern an Hunger.

Die Gefahr ist groß, daß sich junge Menschen in solch einer Situation dazu verleiten lassen, lieber bei Schiebergeschäften mitzumachen, als bei ordentlicher, schlechtbezahlter Arbeit zu darben.

1. April 1947. Es kommen immer wieder ehemalige Soldaten im Lager an. Heimkehrer aus Frankreich, England, Jugoslawien und Rußland. Sie alle müssen durch das Lager, um ihren Entlassungsschein in Empfang zu nehmen, ohne den sie nicht wieder richtige Zivilisten werden. ...

Über viele ehemalige Soldaten, die möglicherweise in russische Gefangenschaft geraten sein

könnten, herrscht noch völlige Unklarheit. Viele Heimkehrer berichten von hohen Sterbeziffern, besonders während der Kriegshandlungen, da diese es kaum ermöglichten, geordnete Lager anzulegen. ...<<

05.04.1947

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 5. April 1947 in ihrem Tagebuch über die ergebnislose Moskauer Außenministerkonferenz (x111/304): >>Nichts! Und abermals nichts.

Weder den Frieden noch die Revidierung der Ostgrenze, weder die Aufhebung der Zonenschranken noch eine gemeinsame Währungsregelung.

Offenbar haben sie sich dort nur zusammengesetzt, um der Welt vorzuführen, wie man am kunstfertigsten aneinander vorbeireden kann. ...<<

08.04.1947

WBZ: Der Kölner Erzbischof Kardinal Frings (1887-1978) fordert am 8. April 1947 die Klärung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (x111/305): >>Deutschland hat die 1.200.000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Haus zurückgeschickt haben will, und wohin sie gekommen sind, weiß niemand.

Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag, zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 800.000 angibt. Während diese in Deutschland auf zwischen 3 und 4 Millionen geschätzt werden.

Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen? ...<<

09.04.1947

WBZ: Der US-Generalstab berichtet am 9. April 1947 in einem streng geheimen Dokument bereits über die Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/300-301): >>Die potentiell stärkste Militärmacht dieses Gebietes ist Deutschland.

Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. ...

Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands ist daher vom Standpunkt der Sicherheit der Vereinigten Staaten von vorrangiger Bedeutung.<<

UdSSR: Während der Moskauer Außenministerkonferenz bestätigt der sowjetische Außenminister Molotow am 9. April 1947 die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens (x111/305).

10.04.1947

UdSSR: Der französische Außenminister Bidault fordert am 10. April 1947 während der Moskauer Konferenz nochmals die Internationalisierung des Ruhrgebietes, eine politische Loslösung des Saarlandes von Deutschland und einen autonomen Rheinstaat (x111/305).

11.04.1947

UdSSR: Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnt der sowjetische Außenminister Molotow am 11. April 1947 wieder die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland ab (x111/306).

15.04.1947

WBZ: Die Zeitschrift "Der Ruf" veröffentlicht am 15. April 1947 das "Bekenntnis eines jungen Deutschen – Jahrgang 1916" (x299/139): >>Ich liebe mein Volk mehr denn je jetzt in der Stunde der Not. Ich liebe es mit allen seinen Schwächen und Größen.

Seine Männer, Frauen und Kinder habe ich im Grauen der Bombennächte und Schlachten, in Hunger, Elend und Wehrlosigkeit als Helden leiden und kämpfen sehen.

Andere des gleichen Volkes habe ich als Größenwahnsinnige, Rohlinge, Charakterlose und Dummköpfe kennengelernt.

Ich weiß viel von meinem Volk. Es ist nicht schlechter und nicht besser als andere Völker. Es

hat die dunkelsten Stunden seiner Geschichte hinter sich gebracht, die der Despotie und Grausamkeit. ...

Ich bekenne mich zur Sühne, die ich mit meinem Volk für unser alle Schuld tragen will. ...

Ich halte den Nationalismus für die gefährlichste Kraft jener überlebten Vergangenheit. ...

Ich bin ein scharfer Gegner des Krieges. ...

Ich erstrebe ... die Demokratie. ...

Wichtigste Neuerung muß ... sein, die Zivilcourage zur ersten Tugend zu erheben, eine Tugend die dem Deutschen, dessen gehorsame Tapferkeit als Soldat in der Welt berühmt ist, am meisten fehlt.

Ich glaube mit meinem Herzen und meinem Verstand an die Größe und Wahrheit des humanitären Gedankens. Ich habe soviel Schlechtes und Schreckliches gesehen, daß ich weiß, daß die Menschheit an einem Scheideweg steht. ...<<

16.04.1947

Polen: Rudolf Hoeß (1900 in Baden geboren) wird am 16. April 1947 im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz gehängt.

Hoeß (bereits 1923 wegen Mordes verurteilt) war von 1940-43 Lagerkommandant des Vernichtungslagers Auschwitz.